



NEWSLETTER II/2011

# NORD|SÜD *news*



Foto: © Pategy/innvi, Sarinaiti/Free Press

## Hundert Tage Arbeit – ein Rezept gegen Indiens Armut?

„Warum arbeitest du mit 74 Jahren bei 43 Grad auf dieser furchtbaren Baustelle, Ramulu? Das Graben in harter Erde hast du doch schon vor zehn Jahren aufgegeben.“ Gadasu Ramulu setzt sich mühsam hin zum Gespräch im Dorf Tatikolu im südindischen Bundesstaat Andrah Pradesh. „Wenn du eine monatliche Rente von 200 Rupien (etwa 3,10 Euro) hast und ein Kilogramm rote Linsen 80 Rupien kostet, was isst du dann?“, fragt er zurück. Wo immer weniger Getreide pro Kopf zur Verfügung steht und die Kosten für Lebensmittel steigen, geraten die Alten an den Rand. Wenn der Brotkorb in den Haushalten höher hängt, bekommen sie weniger zu essen. Den größten Teil erhalten die, die arbeiten gehen können.

Ramulu hat jedenfalls einen Ort, an den er gehen kann. Er arbeitet auf einer Baustelle der Regierung

unter dem „Nationalen Mahatma Ghandi Beschäftigungssicherungsgesetz auf dem Land“ (MNREGA) von 2005. Oft verkauft als das „größte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Welt“, garantiert es hundert Tage Arbeit im Jahr für bedürftige ländliche Haushalte, zu Mindestlöhnen von etwa 120 Rupien (etwa 1,80 Euro) am Tag. Im Jahre 2010 kamen dabei 2,5 Milliarden Arbeitstage zusammen. Die Regierung behauptet gern, damit seien „53 Millionen Haushalte versorgt“ – doch einige davon haben vielleicht nur einen Tag Arbeit. Der Durchschnitt liegt bei 47 Tagen. Die Arbeit ist zermürbend, häufig wird für Tanks oder Straßen Erde aufgedigert. Aber, so drückt es Ramulu aus: „Es gibt sie.“ Und ihre Auswirkungen berühren auch das städtische Indien. „In begrenztem Maß hat MNREGA einen guten Einfluss auf die Arbeitslöhne in den Städten“, sagt Dr. Vivek Monteiro

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Indien: Hundert Tage Arbeit – ein Rezept gegen Indiens Armut? ..... S.1

#### Kommentiert

- | Der Wille zum Sozialen ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Cleriston Cristovão Albino dos Santos, Siegfried Pilbauer ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Sambia: Keine Verschwendung ..... S.4
- | Mexiko: „Fleißige Arbeitsbienen“ ..... S.5

#### Aus Projekten und Kampagnen

- | Isolation überwinden ..... S.6
- | Interview: Dem Staat voraus – ein Interview mit Ingrid Sehrbrock ..... S.7

#### Notiert

- | Keine Printausgabe mehr; Tödliche Hosen; Faire Kindheit; Erfolg bei Nestlé Panjang; Späte Entschädigung; Impressum ..... S.8

Fortsetzung von Seite 1

vom Indischen Gewerkschaftszentrum (CITU) in Mumbai. „Im Baugewerbe hat es beispielsweise die Verhandlungsmacht armer Wanderarbeiter gestärkt, weil sie jetzt auch eine Alternative auf dem Land haben“.

Wo das Programm auf dem Land gut organisiert ist, „hält es uns am Leben“, sagen Landarbeiterinnen im Bezirk Nalgonda in Telangana. In der Gegend von Rayalaseema gibt es Dörfer wie Palavai, wo nur eine einzige Feldfrucht angebaut wird. Wenn dort die Erndternte ausbleibt wie im vorigen Jahr, könnte das nächste Einkommen 30 Monate auf sich warten lassen. Hier wird MNREGA zur Rettungsleine. So ist es für die armen Frauen, die mich in einer anderen Region ansprachen und verlangten, dass die Schulen im Sommer offen bleiben sollten. „Bei 47 Grad?“, wendete ich ein. „Eure Kinder werden am Hitzeschlag sterben.“ Nun, sagten sie, „andernfalls sterben sie an Hunger.“ Für die vom rasanten Preisanstieg der letzten fünf Jahre überwältigten Haushalte ist das spärliche Mittagessen in den Schulen „besser als alles, das wir ihnen zu Hause geben können.“ Das ländliche Arbeitsprogramm verbessert ihre Kaufkraft immerhin ein wenig.

In einer anderen Gegend von Andra Pradesh sind die normalerweise mit Wanderarbeitern gefüllten Busse nicht mehr so voll. „Einige haben Arbeit durch das nationale Programm bekommen“, sagt der Busfahrer. Landarbeiterinnen in seinem Dorf Kondapur bestätigen das: „Vorher bin ich nach Kadapa gegangen, ein weit entfernter Bezirk“, sagt V. Bharatamma. „Dort habe ich für schäbige 30 Rupien (etwa 46 Cent) am Tag gearbeitet. Jetzt müssen wir unsere Kinder nicht mehr mitnehmen auf diese ermüdenden Fahrten.“ So ist der Schulbesuch gestiegen. Mindestens ein Drittel der Arbeiter in diesem Programm müssen Frauen sein, und zumindest in der Theorie gibt es gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Auch dass Millionen der in der indischen Gesellschaft ganz unten stehenden Dalits und Adivasis Arbeit finden, gehört zu den offensichtlich positiven Auswirkungen. Doch während Millionen einige Tage Arbeit gewonnen haben – selten nur die vollen hundert –, sind viele weitere davon ausgeschlossen. Das Programm kostet etwa 6,2 Milliarden Euro im Jahr. Zum Vergleich: 13,7 Milliarden Euro schreibt Indiens Etat an Einkommensteuerverzichten für den Unternehmenssektor ab. Kaum jemand bekommt jemals die vollen 120 Rupien am Tag. Auch Korruption setzt diesem lebenswichtigen Programm zu. Aber, wie Ramulu sagt: „Es existiert.“

Palagummi Sainath

 Der Autor ist Redakteur für Landfragen bei der indischen Zeitung „The Hindu“. Übersetzung aus dem Englischen: Sigrid Thomsen



Kommentiert

## Der Wille zum Sozialen

**Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) arbeitet seit gut zehn Jahren am Thema Soziale Sicherung für alle. Sie zeigt anhand guter Beispiele („best practices“), was nötig und möglich ist. Dazu gehören die Grundsicherungsprogramme Bolsa Familia in Brasilien oder Hundert Tage Arbeit in Indien. Schwierig ist die Praxis.**

Bei der 100. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni ist soziale Sicherung ein Schwerpunktthema. In Genf sollen die Lücken in den Systemen der sozialen Sicherung weltweit festgestellt werden. Diskutiert wird eine Empfehlung zur sozialen Sicherung für alle, die dann im nächsten Jahr auf die Tagesordnung kommt. Sie soll auch armen Ländern Wege zu sozialen Sicherungssystemen auf niedrigstem Niveau zeigen, die dazu positive Wirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung haben. Diese Länder sollen am Ende das Übereinkommen 102 ratifizieren können, das alle Bereiche der sozialen Sicherung umfasst: medizinische Versorgung, Arbeitslosenversicherung, Rente, Familienversorgung, Invaliditäts- und Unfallabsicherung. Bisher haben das nur 47 von 183 ILO-Mitgliedsstaaten getan, darunter auch Nicht-Industriestaaten wie Uruguay, Peru und Niger. Indien hat dieses Übereinkommen (noch) nicht ratifiziert, investiert allerdings einiges in die soziale Sicherung. Das größte Problem bei der Umsetzung aber ist die Korruption, wie auch in einigen Beiträgen in diesem Heft deutlich wird. Sie wird bei Debatten über internationale Lösungsansätze oft



Foto: © Palagummi Sainath/The Hindu

Weniger zu essen: Gadasu Ramulu vor seinem Haus

„vergessen“. Ideen zur Bekämpfung der Armut gibt es viele, doch zur erfolgreichen Verwirklichung fehlt häufig der politische Wille. In Indien wurde kürzlich sogar das Abrechnungswesen mit den Krankenhäusern an ein privates Unternehmen gegeben, Begründung: Der Staat könne die Leistungen nicht so gut kontrollieren. Damit hat er sich selbst ein Armutszeugnis ausgestellt.



Dr. Bianca Kühl

Wenn die Regierungen ihre eigenen Schwachstellen nicht ausbessern, haben selbst milliarden-schwere Projekte zur sozialen Sicherung nur begrenzten Erfolg. Noch mehr Geld aus- und die Verantwortung gleich mit aus der Hand zu geben, macht keinen Sinn. Worauf es ankommt, ist der politische Wille, das Modell der sozialen Sicherung nachhaltig auszubauen. Der muss weltweit gegeben sein. Auch die Gewerkschaften sind hier gefragt. Die Skepsis der Kollegin aus Sambia (siehe Bericht Seite 4) beschreibt recht deutlich, in welche Wunde sie den Finger legen müssen.

Einen großen Erfolg aber können bei der 100. Arbeitskonferenz etwa hundert Millionen Hausangestellte weltweit verzeichnen: ein internationales Übereinkommen mit Mindeststandards für ihre Arbeit steht am 16. Juni 2011 zur Verabschiedung an. Danach folgt der steinige Weg der Ratifizierungen in den Mitgliedsländern, um die prekären Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das Beispiel zeigt deutlich, dass es im Bereich der prekären und informellen Beschäftigung durchaus möglich ist, Normen zum Schutz von Arbeitenden zu schaffen.

Dr. Bianca Kühl

 Die Autorin leitet das ILO-Referat Internationale Arbeitsorganisation beim DGB-Bundesvorstand.

 Weitere Informationen: [www.ilo.org](http://www.ilo.org)



## Cleriston Cristovão Albino dos Santos

# Ein neuer Ton

Die Personalchefin war beeindruckt, als sie von seiner Reise nach Deutschland erfuhr. Cleriston dos Santos erzählte davon beim Gewerkschaftertreffen in Hattingen mit triumphierendem Grinsen: „Beim Gespräch war der Ton ein ganz anderer als sonst. Respektvoll und neugierig erkundigte sie sich nach dem Programm der Reise, wollte herausfinden, welchen Zweck ich damit verbinde.“ Den Austausch mit seinen deutschen Kollegen will der Brasilianer auf keinen Fall mehr missen. Er konnte vor Ort schon viele Anregungen daraus in die Praxis umsetzen.

Der 38-jährige Vater von vier Kindern arbeitet seit 16 Jahren als Maschinenbediener bei ZF do Brasil in Sorocaba im Bundesstaat São Paulo. Er ist seit 1994 Mitglied in der Metallarbeitergewerkschaft CNM, die dem Gewerkschaftsdachverband CUT angeschlossen ist. 2008 wurde er Vertrauensmann im betrieblichen gewerkschaftlichen Komitee, 2009 übernahm er dessen Leitung. 2010 reiste er zum ersten Mal nach Deutschland. Sein wichtigstes Anliegen ist der Gesundheitsschutz. Viele

Kollegen haben wie Cleriston dos Santos massive Probleme mit Armen und Schultern, weil sie in Elf-Stunden-Schichten immer die gleichen Bewegungen ausführen müssen. „ZF do Brasil hat kein Konzept, um arbeitsbedingten Erkrankungen zu begegnen“ erklärt er. Als er sich von der Gewerkschaft zur Kandidatur hat aufstellen lassen, gab es Druck: „Pseudofürsorglich hat die Geschäftsleitung mich gefragt, warum ich mir den Stress mit der Arbeitnehmervertretung antun will. Aber ich hatte mich ja schon vorher für Kollegen eingesetzt. Deshalb hat mich die Gewerkschaft ja auch um die Kandidatur gebeten“, sagt er stolz.

Cleriston dos Santos wurde immer wieder unter Druck gesetzt. Er erhielt Abmahnungen, weil er das gewerkschaftliche Bulletin verteilte oder Kollegen zur Krankenstation begleitete. Doch er lässt sich nicht einschüchtern. Es ist dem freundlichen Mann spürbar ernst, wenn er sagt: „Man muss seinen kleinen Beitrag dazu leisten, dass wir Arbeiter mehr gehört werden. Darum habe ich damals entschieden, mich zu engagieren. Wir



Foto: © Dorothee Mennicken

Cleriston Cristovão Albino dos Santos

haben viel zu wenig Möglichkeiten, uns im Betrieb zu artikulieren.“

Dorothee Mennicken

 Die Autorin ist freie Journalistin in Köln.

## Siegfried Pilbauer

# Wer sich wehrt

Die Unsicherheit mache ihm und den Kollegen am meisten zu schaffen, erklärt Siegfried Pilbauer, Industriemechaniker bei ZF Lenksysteme (ZF LS) in Schwäbisch Gmünd. „Mal arbeitet man ein Vierteljahr kaum, weil Kurzarbeit angesagt ist. Dann wird alles wieder von jetzt auf gleich hochgefahren, und man fährt 19 Schichten im Monat, kennt kein Wochenende und kein Privatleben mehr“, beschreibt der allein stehende 42-Jährige den Zustand seit der Wirtschaftskrise 2009. Diese Krisenanfälligkeit der Unternehmen, die weltweite Abhängigkeit voneinander – darüber macht er sich Gedanken. „Die Globalisierung der Wirtschaft ist ein Grund mehr, sich international auszutauschen“, sagt Pilbauer, der bei ZF LS in der Vertrauenskörperleitung ist. „Es darf nicht sein, dass die Geschäftsführung den einen gegen den anderen Standort ausspielt.“ Nachdenklich meint er dann: „Wenn wir uns nicht wehren, wer soll es dann tun?“

Einmal ist ihm das Wehren zu viel geworden. Nach einer Zeit intensiver politischer Arbeit wollte

er raus aus Deutschland. Damals vor 21 Jahren verkaufte er alles und ging zuerst nach Chicago, dann nach Kanada, Mittelamerika und schließlich nach Brasilien. Eineinhalb Jahre war er unterwegs und schaute sich die Welt an. In Brasilien hat er gelernt, „dass es auch ein Leben gibt, bei dem man sich nicht um tausend Sachen sorgen muss. Man hat nicht viel und ist mit einfachen Dingen glücklich“, so beschreibt er diese Erfahrung.

Heute wird sein Interesse an Brasilien durch den Austausch mit den Kollegen von ZF do Brasil am Leben gehalten. „Hier wie dort wird versucht, die Spielräume der Gewerkschaften einzuschränken“, meint Pilbauer. Selbst wenn er das nicht gleichsetzen will, erzählt er: „Mir ist auch schon die Kündigung angedroht worden. Störung des Betriebsfriedens hat man mir vorgeworfen, weil ich einer der Initiatoren einer Unterschriftenaktion zu Betriebsratsangelegenheiten war. Nur mithilfe der IG Metall ist es mir gelungen, den Arbeitsplatz zu behalten.“ In solchen Zeiten „sind Gewerkschaften einfach unverzichtbar, um die Interessen



Foto: © Dorothee Mennicken

Siegfried Pilbauer

der Arbeitnehmer durchzusetzen. Deshalb mache ich auch weiter, auch wenn es mir oft eigentlich zu viel ist.“

Dorothee Mennicken



## Keine Verschwendung

**Sambia hat gute Erfahrungen mit der Auszahlung von Sozialgeld gemacht. Das Land gilt als Vorbild in Afrika. Doch noch hat die Regierung das Programm finanziell nicht übernommen.**

Timothy Monene sitzt im Schatten eines Baumes vor seinem kleinen Haus. Der 81-Jährige ist schon lange auf einen Rollstuhl angewiesen. Früher hat er gemeinsam mit seiner Frau auf dem Feld gearbeitet, heute schuftet sie dort allein. „Die Ernte reicht nie aus, um alle in der Familie zu ernähren“, sagt die alte Frau auf ihre Hacke gestützt. Sieben Kinder hat das Paar großgezogen, fast alle hat es überlebt. Nun sorgen die beiden für drei verwaiste Urenkel. Zwei Drittel der Bevölkerung in Sambia leben wie sie unterhalb der Armutsgrenze, die meisten in ländlichen Gebieten, fernab von der nächsten Teerstraße, in Reet-gedekkten Hütten. „Vor ein paar Jahren hatten wir fast die Hoffnung aufgegeben“ erinnert sich Timothy Monene. Doch dann wurde sein Dorf in das Sozialgeldtransfer-Programm aufgenommen. Das Konzept ist einfach: Haushalte wie dieser, die von der Hand in den Mund leben, kein Vieh besitzen, das sie in Krisen-



Foto: © Leonie March

Verantwortlich für neun: Anni Moonga vor ihrem Haus

zeiten verkaufen könnten, und in denen kaum ein Familienmitglied arbeitsfähig ist, werden mit einem monatlichen Geldbetrag unterstützt. Stanfield Michelo vom sambischen Sozialministerium ist seit Beginn im Jahr 2003 für das Programm mitzuständig. Damals sei er immer wieder gefragt worden: „Wie könnt ihr armen Menschen einfach Geld in die Hand drücken?“, erzählt Michelo. Die meisten seiner Kollegen seien überzeugt gewesen, dass die Begünstigten es niemals sinnvoll ausgeben würden. Entscheidend sei die Auswahl der Haushalte, betont der Beamte. „Jemand, der wirklich arm ist, verschwendet kein Geld. Ein Kranker würde ja auch nie seine Medizin wegwerfen.“

Timothy Monene ist dafür ein gutes Beispiel. Stolz zeigt der alte Mann auf zwei rosa Ferkel, die im Schatten des Baumes dösen. Mehrere Monate



Foto: © Leonie March

Leben unterhalb der Armutsgrenze: Timothy Monene und seine Frau Theresa Mutinta im Dorf Lukamantano im Bezirk Monze

hat er einen kleinen Teil des Geldes zurückgelegt, um sich den Grundstock für eine Zucht leisten zu können. Auch seine Nachbarin hat ihr Geld gut angelegt: Anni Moonga ist Witwe, HIV-positiv und verantwortlich für eine neunköpfige Familie. Den größten Teil der monatlichen Summe von nur knapp acht Euro gibt sie dafür aus, ihre Enkel in die Schule zu schicken. Studien belegen, dass nahezu alle Empfänger das Sozialgeld in Bildung, Lebensmittel, die Instandsetzung ihrer Häuser oder kleine Nutztiere investieren. Davon profitiert indirekt die gesamte Dorfgemeinschaft. Familien, die ihre Nachbarn früher um Hilfe bitten mussten, kommen nun allein zurecht. Das Geld, das sie ausgeben, stärkt die lokale Wirtschaft.

Angesichts dieses Erfolgs steigt die Zahl der Begünstigten in Sambia kontinuierlich. Ziel ist die landesweite Ausweitung des Programms bis 2020, ab dann soll es allein vom Staat finanziert werden. Momentan beträgt sein Anteil jedoch nur elf Prozent, rund 1,1 Millionen Euro. Den Löwenanteil steuern internationale Geber bei. „Ich hoffe, dass der politische Wille ausreicht, um das Modell nachhaltig auszubauen“, meint Joyce Nonde Simukoko, Präsidentin des Gewerkschaftsbundes FFTUZ (Federation of Free Trade Unions of Zambia). Doch sie zweifelt daran. Soziale Sicherungssysteme wie die staatliche Pensionskasse seien in der Vergangenheit durch Misswirtschaft und Korruption geschwächt worden. „Ehemalige Angestellte warten bis zu drei Jahre auf ihre Rente, während Beamte sie sofort bekommen“, so die Gewerkschafterin. Zudem profitieren von der Rente nur die formal Beschäftigten, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im informellen

Sektor tätig ist. Auch Heiner Naumann, Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sambia, ist skeptisch. Noch ordne die Regierung Sozialpolitik karitativen Organisationen und der Familie zu, kritisiert er: „Die vorhandenen sozialen Sicherungssysteme

sind nicht geeignet, die Beschäftigten wirklich abzusichern. In den meisten Fällen wird nicht einmal der Inflationseffekt ausgeglichen.“ Für die Ausweitung der sozialen Sicherung brauche es eine Strukturreform. Selbst Stanfield Michelo vom Sozialministerium drückt sich vorsichtig aus: Das Wirtschaftswachstum spüle ausreichend Geld in die öffentlichen Kassen. „Letztlich kommt es aber darauf an, wie viel die Regierung für entsprechende Programme ausgeben möchte.“

Leonie March

 Die Autorin ist freie Journalistin in Südafrika.



Foto: © Leonie March

Sozialgeld wird für die Bildung der Kinder ausgegeben.



## „Fleißige Arbeitsbienen“

**Im Juni steht die Verabschiedung einer Konvention über Mindeststandards für Hausangestellte auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. An der Basis streiten Frauen für solche Rechte – zum Beispiel in Mexiko.**

„Jeden Tag fangen Mädchen irgendwo zwischen Chihuahua und Chiapas an, für andere Familien zu arbeiten. Und genau so wie ich einst haben sie keine Ahnung von ihren Rechten; sie werden ausgebeutet“, erklärt Marcelina Bautista und wuchtet die sperrige Plastiktasche mit den Flugblättern und Broschüren auf eine der wenigen leeren Bänke. Sie ist im Parque de Tacuba im Zentrum von Mexikos Hauptstadt angekommen. „Hier treffen sich am Wochenende die Dienstmädchen, die im Zentrum von Mexiko Stadt arbeiten“,

können. Viele haben doch nie die Schule abgeschlossen, manche nicht mal gesehen“, sagt Marcelina Bautista. Sie kennt die typischen Schicksale genau, denn sie hat selbst als Hausmädchen gearbeitet. Aus einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, aus Oaxaca, stammend, kam sie als Teenager mit vierzehn Jahren nach Mexiko Stadt. „Ich wurde wie viele andere auch als fleißige Arbeitsbiene vermittelt“, erinnert sich die Frau, der im letzten Jahr der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen wurde, mit einem bitteren Lächeln. Vierzehn, fünfzehn Stunden Arbeit täglich unter Verletzung elementarer Arbeitsrechte bedeutete das in der Realität. Da sie kaum Spanisch konnte, wusste sie nicht, dass die wöchentliche Arbeitszeit begrenzt ist und dass es einen Mindestlohn gibt. Drei Jahre hat sie sich so ausbeuten lassen, dann begann sie zu lernen:



Foto © Knut Henkel

Vertritt Lateinamerikas Hausangestellte: Marcelina Bautista

roten Kostüm schlägt sich das auch in der Lohnhöhe nieder, denn nun kennt sie sich mit Buchhaltung aus und spricht ein wenig Englisch. Sie ist ähnlich wie Marcelina Bautista ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht. Das sorgt für Akzeptanz bei den Hausangestellten.

Rund zwei Millionen Frauen arbeiten in Mexiko als Hausangestellte in einer Grauzone, denn in der nationalen Arbeitsgesetzgebung sind weder die Arbeitszeiten noch der Zugang zum Gesundheits- und Rentensystem geregelt. „Beim Lohn dient der Mindestlohn als Orientierung. Doch in der Krise versuchen die Arbeitgeber die Löhne zu drücken“, schildert Marcelina Romara Osorio die aktuelle Situation. Daran soll sich etwas ändern. Deshalb ist Marcelina Bautista mittlerweile hauptberuflich für die spezifischen Rechte der Hausmädchen unterwegs. Nicht nur für die aus Mexiko, sondern für die aus ganz Lateinamerika und der Karibik. Vor zwei Jahren wurde sie zur Vorsitzenden vom Hausangestelltenbund Lateinamerikas und der Karibik (CONACTRAHO) gewählt. Nun kommt sie nicht mehr jedes Wochenende in die Parks der mexikanischen Hauptstadt.



Foto © Knut Henkel

Marcelina Romara Osorio überreicht einer Frau im Parque de Tacuba eine Broschüre über die Rechte von Hausangestellten.

erzählt die kleine Frau mit dem dichten schwarzen Haarschopf. Jeden Sonntag ist sie mit ihren Mitstreiterinnen unterwegs, um junge und ältere Hausmädchen anzusprechen. „Wir verteilen kleine Infoblätter und Broschüren über die Rechte und gesetzlichen Bestimmungen, die Hausmädchen betreffen“, erläutert Marcelina Bautista und streicht sich eine lange pechschwarze Locke aus der Stirn. „Wir klären auf und laden sie ein, zu uns ins Zentrum zu kommen.“

Das „Zentrum zur Unterstützung und Weiterbildung von Hausangestellten“ (CACEH) haben die Frauen im Jahr 2000 gegründet. „Wir zeigen Möglichkeiten auf, wie sich die Frauen qualifizieren

„Über die Kinder der Familie, in der ich arbeitete, bin ich darauf gekommen, wie viel Spaß es macht zu lernen. Ich habe mein Spanisch verbessert und dann die Schule nachgeholt“, erzählt Marcelina Bautista freimütig. Das war die Grundlage, um 1988 die erste Organisation von Hausmädchen in Mexiko zu gründen. Sie nannten sie „La Esperanza“, die Hoffnung. Zwölf Jahre später folgte dann das „Zentrum zur Unterstützung und Weiterbildung von Hausangestellten“, wo heute alle Stränge zusammenlaufen. Dort arbeitet auch Marcelina Romara Osorio mit, die gerade den ersten Schwung Broschüren verteilt und für das Zentrum geworben hat. Dort hat sie sich ständig weiterqualifiziert. Bei der schlanken Frau im rosa-



Foto © Knut Henkel

Treffpunkt für Dienstmädchen: ein Park im Stadtzentrum

„Nur noch jedes zweite“, erklärt sie lächelnd und packt die leere Plastiktasche zusammen. Alle Broschüren sind verteilt, und so geht es zurück ins Zentrum.

Knut Henkel

Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



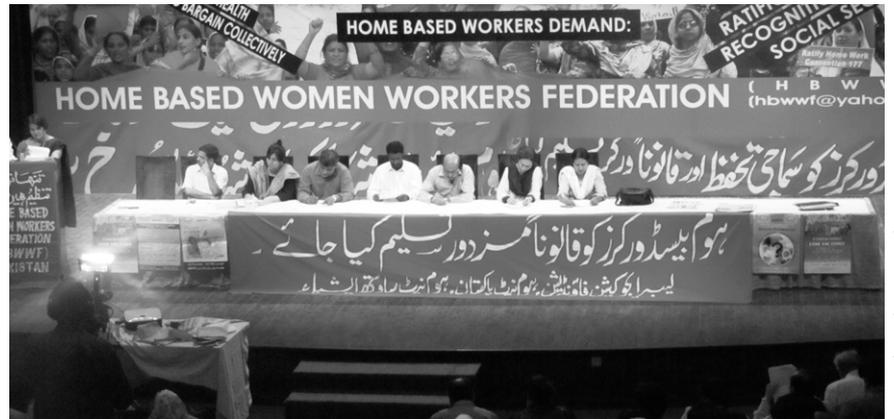
# Isolation überwinden

**Soziale Sicherheit ist ein universales Recht. Sie ist bezahlbar und beschleunigt das Erreichen der Entwicklungsziele des Millenniums, vor allem die Abschaffung der Armut. Doch dazu braucht es Organisation.**

Eine starke Zivilgesellschaft und repräsentative Arbeiterorganisationen spielen eine Schlüsselrolle beim Kampf um soziale Sicherheit für alle. Sie klären Arbeitnehmer über ihre Rechte auf und bringen unorganisierte und isolierte Arbeiter zusammen. Sie setzen sich für gesetzliche Änderungen ein und überwachen deren Umsetzung. Das europäische Netzwerk SOLIDAR vereint 52 solcher Organisationen, die in 90 Ländern in Europa und weltweit für soziale Gerechtigkeit eintreten; auch das DGB Bildungswerk BUND gehört dazu. Gemeinsam mit 19 weiteren Organisationen aus dem Globalen Netzwerk für Gute Arbeit engagiert sich SOLIDAR für ein vierjähriges Projekt unter der Überschrift „Soziale Sicherung und gute Arbeit für alle verwirklichen.“ Finanziert wird es vom britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DFID). Es soll vor allem Organisationen zugute kommen, die Frauen, Arbeitende in der informellen Wirtschaft, Migrantinnen und Migranten sowie von HIV/Aids betroffene Menschen vertreten. Solche Gruppen will das Projekt mit Gewerkschaften zusammen bringen, damit sie gegenüber öffentlichen Verwaltungen gemeinsam auftreten.

In Pakistan hatten solche Aktivitäten bereits Erfolg. Dort setzt sich die Stiftung für Arbeiterbildung (LEF), ein Mitglied des Globalen Netzwerks, für die Befähigung von Frauen ein, die von zu Hause aus arbeiten. In Pakistans großem informellen Wirtschaftssektor sind etwa acht Millionen Heimarbeiterinnen vom Gesetz nicht als Arbeitnehmende anerkannt und ohne jede soziale Absicherung.

Ohne legalen Status können sie sich nur schwer organisieren und arbeiten oft übermäßig lange für sehr geringe Bezahlung. Das beeinträchtigt ihre Gesundheit. Damit kennt sich Razia aus, eine Heimarbeiterin aus den Außenbezirken von Lahore, die per Stück bezahlt wird: Sie arbeitet zwölf bis 16 Stunden täglich und verdient damit monatlich umgerechnet 16 bis 20 Euro – wenn ihr die anderen Familienmitglieder helfen. Um Familie und



Verlangt Mindestlöhne und Zugang zur Sozialversicherung: der erste Kongress der Heimarbeiterinnengewerkschaft 2011

Haushalt kümmert sich Razia auch. Sie stellt dekorative Einzelstücke zur Verwendung bei religiösen Feiern und Hochzeiten her. Diese Arbeit hat ihr Rücken- und Kopfschmerzen eingebracht und ihr Augenlicht beeinträchtigt. Vom Arbeiten mit heißem Wachs hat sie schon zahllose Brandwunden davongetragen. Angeheuert von einem Agenten, wurde Razia schon oft um den Lohn für ihre Arbeit geprellt, weil die Qualität angeblich nicht genüge. Alle Bitten um bessere Bezahlung wurden beantwortet mit Drohungen, den Job ganz zu verlieren. Razia wusste nicht, dass Heimarbeiterinnen überhaupt Anspruch auf gesetzlichen Schutz oder Maßnahmen zur sozialen Sicherung haben. Sie arbeitet ja immer zu Hause.

Die Stiftung für Arbeiterbildung hat dieses Hindernis der Isolation durch Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen überwunden. Die gaben den Heimarbeiterinnen Gelegenheit, ihre Anliegen mit anderen von zu Hause aus Arbeitenden zu besprechen. Inzwischen haben solche Kooperativen zusammen mehr als 4.000 Mitglieder. Bei der Gründung der Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen (Home Based Women Workers Federation HBWWF) spielten sie eine wichtige Rolle. Sie hat sich erfolgreich für die Gründung einer Arbeitskommission unter Leitung der Ministerin für die Entwicklung von Frauen eingesetzt, die einen Gesetzentwurf über die Rechte und soziale Sicherung von Heimarbeiterinnen erar-

beitet. Zu ihrem ersten Kongress kamen die Heimarbeiterinnen am 11. April 2011 in Karachi zusammen und stellten Forderungen an die Regierung: sie soll eine nationale Politik zur Heimarbeit von Frauen verabschieden, die ILO-Konvention 177 ratifizieren, Heimarbeiterinnen als Arbeitnehmende anerkennen und ihren Schutz unter dem Arbeitsgesetz ebenso wie ihren Zugang zu sozialen Absicherungsleistungen sicherstellen. Durch Training und Bewusstseinsbildung seitens der Stiftung für Arbeiterbildung haben sich 2006 auch Heimarbeiterinnen zusammengeschlossen, die Armreifen herstellen. Sie diskutierten ihre Arbeitsbedingungen und beschlossen, eine unabhängige Organisation zu gründen. Diese erste Gewerkschaft von Heimarbeiterinnen, gegründet im November 2009, hat heute 2.100 Mitglieder in zwölf starken lokalen Gruppen. Sie hat auch Männer, die Armreifen herstellen, angeregt, die Gewerkschaftsführung um Unterstützung bei der Selbstorganisation anzugehen.

Barbara Caracciolo

 Die Autorin ist verantwortlich für das Projekt soziale Sicherung und gute Arbeit bei SOLIDAR in Brüssel.  
Übersetzung aus dem Englischen: Sigrid Thomsen

 Weitere Informationen: [www.solidar.org](http://www.solidar.org)



Bei der Gründung von Kooperativen hilft die Stiftung für Arbeiterbildung: Heimarbeiterinnen in Karachi



# Dem Staat voraus

## Ein Interview mit Ingrid Sehrbrock

**Ingrid Sehrbrock, die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sitzt auch dem DGB Bildungswerk BUND vor. Für Indien und die vielen Frauen, die sich dort mit allen möglichen Jobs durchs Leben schlagen, engagiert sie sich seit Jahren. Einen Plan für deren Rente unterstützt das DGB Bildungswerk BUND.**

*Ingrid, du hast die Self Employed Women's Association (SEWA) in Indien mehrfach besucht, eine Organisation von Straßenhändlerinnen und Arbeiterinnen im informellen Sektor der Wirtschaft. Wo warst du jetzt im Februar 2011?*

Ingrid Sehrbrock: Ich war im ländlichen Raum und habe gesehen, was SEWA für die Menschen auf dem Land bedeutet. Da arbeiten die Frauen zum Beispiel über eine Radiostation und bringen Informationen in die Dörfer. Das ist sehr wichtig für die Leute, die nicht lesen und schreiben können. Es wird auch anerkannt.



Foto: © Ralf Steinle, DGB

Engagiert für Inderinnen: Ingrid Sehrbrock im Gespräch

*Hat sich die Situation der Frauen in den letzten Jahren verändert?*

Ingrid Sehrbrock: Wir haben gehört, dass die Bedingungen etwas besser geworden sind, weil die Regierung Gesetze zur sozialen Sicherheit auf den Weg gebracht hat. Eines ist das Hundert-Tage-Gesetz, das für Familien eine Art Sozialhilfe bietet, und das andere die Ein-Prozent-Regelung im Bau. Danach muss ein Prozent der Auftragssumme in einen Pool für soziale Sicherheit abgeführt werden.

*SEWA plant auch einen Rentenfond. Warum engagiert sie sich dafür?*

Ingrid Sehrbrock: SEWA ist dem Staat immer ein Stück voraus. Vor einigen Jahren hat sie einen



Foto: © Ulrich Meinecke

Besuch beim Henna-Kurs an der SEWA-Academy

Gesetzentwurf zur sozialen Sicherung im Alter, der von mehreren Gewerkschaften erarbeitet wurde, der Regierung vorgestellt. Das Parlament hat dann ein Gesetz zur Alterssicherung im informellen Sektor beschlossen. SEWA hat ja auch eine eigene Bank und bietet Mikrokredite an, ebenso eine Basiskrankenversicherung. Da ist das jetzt eine Weiterentwicklung.

*Wie soll es funktionieren?*

Ingrid Sehrbrock: Es gibt die Möglichkeit, selbst kleinste Summen anzusparen, die werden durch die Mitglieder eingesammelt und gemeinsam zur Bank gebracht. Das wurde mit der Unterstützung eines Fachmanns aus dem Versicherungsbereich entwickelt. Bei einer Veranstaltung zur Sensibilisierung im Februar haben Frauen erzählt, auf welche Summen man im Alter kommt, wenn man früh anfängt zu sparen, ganz praktisch.

*Warum müssen die Frauen dafür erst sensibilisiert werden?*

Ingrid Sehrbrock: Das vorausschauende Handeln ist nicht so ausgeprägt, besonders bei den jüngeren Frauen. Man muss schon erklären, warum sie über Jahre auf Geld verzichten sollen, das sie ja auch in der Zwischenzeit gut verwenden könnten, auch wie man darauf zurückgreifen kann, wenn man es tatsächlich braucht.

*Gibt es im formalen Sektor der Wirtschaft eine Rentenversicherung?*

Ingrid Sehrbrock: Es gibt eine Alterssicherung für den formellen Sektor. Aber dort arbeiten nur acht Prozent der Erwerbstätigen.

*Warum engagiert sich der DGB für eine Gewerkschaft im informellen Sektor?*

Ingrid Sehrbrock: Wir haben eine Verantwortung für die Ärmsten der Armen. In Indien gibt es im Gewerkschaftslager die Einschätzung, eigentlich seien das Selbständige. Deshalb war es schwierig, SEWA in den Internationalen Gewerkschaftsbund zu bekommen. Wir haben sie dabei unterstützt. Außerdem ist SEWA eine sehr beeindruckende Gewerkschaft. Die Mitglieder haben viel zu sagen und entwickeln eigene Konzepte. Von ihren Beteiligungsformen können wir etwas lernen!

*Und was hat dich selbst motiviert?*

Ingrid Sehrbrock: Ich habe vor fünf Jahren drei Tage bei einer Bauarbeiterin und ihrer Familie in einem indischen Slum gewohnt, bin mit ihr zur Arbeit gegangen. Sie arbeitet hart, ihr Mann ist arbeitslos. Diese sehr armen Frauen, die sich und ihre Familien über die Runden bringen und spät abends auch noch Gewerkschaftsarbeit machen – die haben mich beeindruckt.

*Welches sind die gemeinsamen Anliegen von indischen und deutschen Gewerkschaften?*

Ingrid Sehrbrock: Soziale Sicherung ist ein wichtiges Thema. Außerdem ist es unsere Aufgabe, zur Verbesserung der Standards für Arbeitnehmende in Indien beizutragen. Deutsche Unternehmen, die in Indien agieren, müssen ihre Umwelt- und Sozialstandards mitbringen und neue Maßstäbe setzen, an denen die Regierung nicht vorbei kann. So sieht es auch meine Kollegin im SEWA-Vorstand.

Das Gespräch führte Sigrid Thomsen.

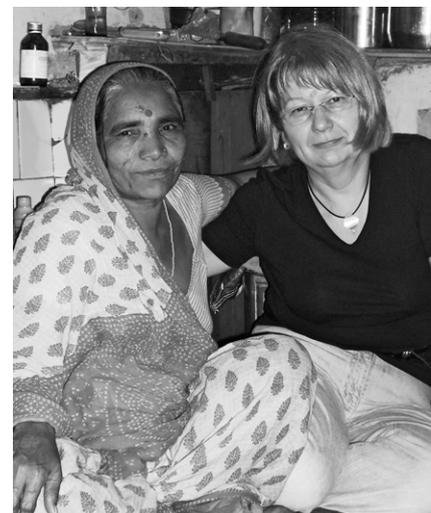


Foto: © Ulrich Meinecke

Ingrid Sehrbrock im Haus der Bauarbeiterin Jiviben



## Keine Printausgabe mehr

Die vorliegende Ausgabe der Nord-Süd news wird nicht mehr gedruckt und per Post verschickt, sie wird ab sofort elektronisch als Dokument verteilt. Mit dieser Spurentscheidung hat das DGB Bildungswerk BUND kurzfristig auf die Kürzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE) reagiert. Das DGB Bildungswerk BUND hofft, die Nord-Süd news elektronisch erhalten zu können, damit Geschichten und Berichte aus der globalen Arbeitswelt weiterhin Interessierte und Aktive in den deutschen Gewerkschaften erreichen. Allen Leserinnen und Lesern der gedruckten Ausgabe sei für ihr Interesse gedankt und versichert: Inhalt und Qualität werden sich nicht verschlechtern. Vielleicht gelingt es sogar, aktueller und medialer zu werden. Aber dazu muss die Nachfrage steigen: **Es werden weitere E-mail-Adressen gebraucht. Meldet bitte Interessierte aus eurem Bekanntenkreis oder leitet die Nord-Süd news weiter! Die Anschrift lautet: info@nord-sued-netz.de**

## Tödliche Hosen

Die türkische Musikgruppe Bandista spielt vom 11. Juni bis zum 9. Juli in 27 deutschen Städten, um die Kampagne für ein Verbot sandgestrahlter Jeans zu unterstützen. Im Vorfeld der Konzerte wird ein Kurzfilm über die Herstellung der „Killer-Jeans“ gezeigt. Mit ihren Aufrufen gegen die Sandstrahltechnik bei der Herstellung von Jeans hatte die Kampagne für Saubere Kleidung in den letzten Monaten schon einigen Erfolg. Mehrere Unternehmen haben bereits öffentlich ein Sandstrahlverbot für ihre Jeansprodukte erklärt, darunter bekannte Firmen wie C&A, Esprit, H&M oder Levis. Die deutschen Modeketten New Yorker und Orsay wenden die Technik nach Informationen der Kampagne jedoch weiter an. Die Kampagne für Saubere Kleidung, in der auch das DGB Bildungswerk BUND und die Gewerkschaften ver.di und IG Metall mitarbeiten, ruft deshalb zu einem weltweiten Verbot der Sandstrahltechnik auf.



Foto: © Altmeier &amp; Hornung Filmproduktion

Arbeiter beim Sandstrahlen in Bangladesch

Sie wird eingesetzt, um Jeans gebraucht aussehen zu lassen. Arbeiter, die unter hohem Druck Sand auf die Jeans strahlen, erkranken durch den Staub oft innerhalb kurzer Zeit an der Lungenkrankheit Silikose. In der Türkei seien 1.200 Menschen nachweislich auf diese Weise erkrankt und 46 bereits gestorben, heißt es in einer Mitteilung der Kampagne für Saubere Kleidung. Nach ihren Informationen werde die Technik auch in Bangladesch, Argentinien und China angewandt.

Weitere Informationen: [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)

## Faire Kindheit

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will aktiv dazu beitragen, dass auf der ganzen Welt Kinder in die Schule statt zur Arbeit gehen. Im April hat sie ihre Kampagne „Bildung statt Kinderarbeit“ aufgenommen. Um unabhängig von der Gewerkschaft agieren zu können, wurde eine eigene Stiftung mit dem Namen „Fair Childhood“ gegründet. Sie soll das Verbot von Kinderarbeit und das Recht auf Bildung durchsetzen helfen. Die Stiftung will mit Hilfsorganisationen und Gewerkschaften in armen Ländern kooperieren. Sie wird konkrete Projekte unterstützen, die Kinder aus Zwangsarbeit befreien und ihnen den Schulbesuch ermöglichen. Eltern und Dorfgemeinschaften sollen einbezogen und Arbeitsplätze für Erwachsene mit fairer Bezahlung erkämpft werden. Das erste Projekt ist im Bundesstaat Andhra Pradesh in Südindien geplant, wo 160.000 Kinder auf den Baumwollfeldern arbeiten. Sie sollen in so genannten Brückenschulen auf den regulären Schulbesuch vorbereitet werden. In Deutschland will sich die Stiftung gegen den Konsum von Produkten aus Kinderarbeit einsetzen.

Weitere Informationen: [www.fair-childhood.eu](http://www.fair-childhood.eu)

## Erfolg bei Nestlé Panjang

Beim Lebensmittelkonzern Nestlé in der Fabrik Panjang in Indonesien kann jetzt verhandelt werden: nach drei Jahren Auseinandersetzung haben die lokale Firmenleitung und die „Gewerkschaft der Arbeitnehmer von Nestlé Indonesien“ (SBNIP) eine Vereinbarung über Gewerkschafts- und Verhandlungsrechte unterschrieben. Das Abkommen beendet einen 2007 begonnenen Konflikt, bei dem das Unternehmen der vor zehn Jahren gegründeten Gewerkschaft die Repräsentativität absprach. Es gründete sogar eine eigene Arbeitnehmerorganisation im Betrieb und wollte sie an Tarifverhandlungen beteiligen,

wie unter anderem aus einem Aufruf der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten hervorgeht. Die neue Vereinbarung, die den Weg zu Tarifverhandlungen frei macht, wurde auch von der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und anverwandter Arbeitnehmerverbände IUL unterzeichnet. Die IUL hatte sich die Forderungen der indonesischen Kolleginnen und Kollegen in ihrer Kampagne gegen „Nespressionen“ zu eigen gemacht.

## Späte Entschädigung

Ehemalige Bergarbeiter, die in Südafrikas Goldminen an Silikose erkrankt sind, schöpfen Hoffnung auf späte Kompensation: Das Verfassungsgericht hat im März dem einstigen Minenarbeiter Thembekile Mankanyi das Recht zugesprochen, Schadensersatz in Höhe von mehr als 2,6 Millionen Rand (umgerechnet 263.000 Euro) bei seinem damaligen Arbeitgeber AngloGold Ashanti einzuklagen. Er hatte sich in einem von dessen Bergwerken eine Lungenkrankheit zugezogen. Der Ex-Bergarbeiter starb an Atemproblemen kurz vor der Urteilsverkündung, doch seine Familie kann seine Forderung übernehmen. Fast ein Viertel von ehemaligen Arbeitern in den Goldbergwerken leiden an Silikose, weil sie in den tief gelegenen und schlecht belüfteten Minen Quarzstaub einatmen. Das fand eine Studie des Aurum Instituts heraus, eine nicht-kommerzielle Forschungseinrichtung im Gesundheitsbereich. Heilung gibt es nicht. Schätzungsweise 280.000 ehemalige Bergarbeiter im südlichen Afrika könnten Kompensation beanspruchen. (Quelle: IRIN)

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Sigrid Thomsen  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500  
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de  
www.dgb-bildungswerk.de  
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.